

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Gesamt-Verbandspreis 1,50 M. pro Quartal bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 25, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stock. Fernsprecher: Nordsee 8246

Postfachkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11598

Kollegen! Denkt daran, wieder mit positiver, schöpferischer Arbeit für den Verband zu beginnen! Werbt neue Mitglieder!

Die Gewerkschaften zur Reichstagswahl.

Am 18. März ist der deutsche Reichstag aufgelöst worden. Es war auch hohe Zeit, denn die bürgerliche, arbeiterrindliche Regierung richtete ihre auf das Ermächtigungsgesetz gestützte Diktaturgewalt ausschließlich gegen die werktätige Bevölkerung. Auch sonst haben uns die verflochtenen Jahre wenig Gutes, desto mehr große Enttäuschungen, neue Leiden und Entbehrungen, gebracht. In diesem Chaos innenpolitischer Vergewaltigung und innerer Zerrissenheit, wirtschaftlichen Verfalls und sozialpolitischer Reaktion wird das deutsche Volk an die Wahlurne berufen, um die neue Volksvertretung zu wählen.

Die deutschen Gewerkschaften, die größten Massenorganisationen, können bei diesen Wahlen nicht wegschanden stehen. Handelt es sich doch um die Entscheidung über die politische und wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes, um die Zusammensetzung von Reichstag und Regierung, um die Richtung der Außen- und Innenpolitik, vor allem um die Entscheidung, ob Deutschland in Zukunft monarchistisch oder republikanisch sein soll. Die Arbeiterklasse hat von der Wiederherstellung des alten Regimes nur die bitterste politische Rücksichtslosigkeit, die alte Unterdrückung und Ausbeutung zu erwarten.

Die Erhaltung und Verteidigung der Republik muß daher für sie der Ausgangspunkt aller Erwägungen und Forderungen sein, mit denen sie in den Wahlkampf eintritt, getragen von der Erkenntnis, daß die demokratisch-republikanische Verfassung die Voraussetzung ist für den sozialen Aufstieg der Arbeiter, Angestellten und Beamten. Ein republikanisches, demokratisches Deutschland allein bildet auch die Bürgschaft gegen neue Kriegsgefahren sowie für eine halbige Befreiung der besetzten Gebiete durch Verträge auf dem Boden einer festen, ehrlichen Reparationspolitik.

Die Gewerkschaften treten nachdrücklich ein für die Politik des Wiederaufbaues in allen vom Krieg betroffenen Ländern durch werktätige Arbeit.

Nicht Waffen, — nur friedliche Arbeit kann der Welt den Frieden wiedergeben.

Die Wiedergesundung Deutschlands erfordert eine feste republikanische Politik, die zielbewußt alle legalen Kräfte des Staates gegen die auf Umsturz der Weimarer Verfassung gerichteten Bestrebungen einsetzt, nicht aber die Militärdiktatur gegen die Arbeiter, die beste Stütze der Republik, aufbietet.

Die heimische Wirtschaft hat zwei gesunde Reserven, die ihr den Wiederaufbau gewährleisten — das sind die deutsche Organisation und Technik und die deutsche Arbeit.

Ihrem Zusammenwirken wird es gelingen, den für die Wirtschaft erforderlichen Kredit zu beschaffen. Verfehlt wäre eine Wirtschaftspolitik, die das kostbarste Wirtschaftsgut, die deutsche Arbeitskraft, in schrankenloser Ausbeutung verwüstet, anstatt sie durch Schutzleistungsfähiger zu machen. Deshalb fordern die Gewerkschaften die Wiederherstellung des gesetzlichen Achtstundentages gerade im Interesse der Steigerung der Produktion. Die staatliche Lohnpolitik muß darauf gerichtet sein, den Arbeitern und Angestellten

einen auskömmlichen Lebenslohn zu sichern, der die Erneuerung der vollen Arbeitskraft ermöglicht. Es ist verfehlt, die Löhne unter den Friedensstand herabzubringen, um dem Unternehmertum die Kapitalbildung auf Kosten der Arbeitskraft zu erleichtern. Das schädigt die Arbeiter an Leistung und Kaufkraft und ver-

wüstet den heimischen Markt zum Nachteil unserer Wirtschaft.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie muß durch einen nachdrücklichen Preisabbau und durch Wiedereinführung gesunder Kalkulationsregeln gefördert werden.

Die ungeheure Arbeitslosigkeit, die auf der Arbeiterklasse lastet, ist durch

Unterbringung der Erwerbslosen in der Reproduktion zu vermindern und die drückende Not durch eine

geregelte Arbeitslosenversicherung zu mildern. Durch Ueberführung von Erwerbslosen in die Land- und Siedlungswirtschaft würden zugleich

die Grundlagen unserer Volksernährung erweitert und die Volkskraft gestärkt werden.

Mit aller Schärfe wenden sich die Gewerkschaften gegen den Abbau der Sozialpolitik,

der durch Mangel des Staates an Mitteln beschränkt wird. Dem Reich würde es nicht an Mitteln hierzu fehlen, wenn

endlich den Verfassenden dieselben Steuerlasten auferlegt würden wie den Lohnarbeitern.

Die Arbeiterklasse kämpft für den

Ausbau des Arbeitsrechtes als starken Hort der Arbeit, vor allem für die

Erhaltung der Rechte der Arbeiter im Betrieb und für ungeschmäleretes

Koalitionsrecht der Arbeitnehmer zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung.

Das seit einem Jahrzehnt bestehende Wohnungselend macht die

beschleunigte Förderung des Wohnungsbaues zur Notwendigkeit. Die bestehende Wohnungszwangswirtschaft darf nur langsam und nicht ohne entsprechende Er-

höhung des Wohneinkommens abgebaut werden. Die Mittel für den Wohnungsbau sind den Erträgen der allmählichen Wertaufwertung zu entnehmen, die nicht dem Grundbesitz überlassen werden dürfen.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund fordert seine Mitglieder auf, im kommenden Wahlkampf unablässig für diese

Wahlforderungen der Gewerkschaften einzutreten und alle Kräfte aufzubieten, damit die Pläne der militärischen und industriellen Machtpolitiker zunichte gemacht werden.

Sorgt dafür, daß am Wahltag eine Volksvertretung gewählt wird, die volle Bürgschaft für ein republikanisches, demokratisches und soziales Deutschland bietet, für eine Zukunft, in der auch der Arbeiter wieder seines Lebens froh werden und für seine Pflichterfüllung auf Anerkennung seiner Arbeiterrechte rechnen kann.

Deutsche Arbeiter! Vorbereitet diese Forderungen in allen Betrieben, in Stadt und Land, besprecht sie in allen Versammlungen, legt sie allen vor, die sich um eure Stimmen bewerben, und führt sie zum Siege!

Der Minister für Volkswohlfahrt eine Mahnung und Anweisung, worin es heißt:

In neuerer Zeit ist mehrfach von Unfällen berichtet worden, die durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerstörung ihrer Befestigungsmittel entstanden sind. Diese Erscheinungen sind hervorgerufen dadurch, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Unterhaltung der Bauten nachgelassen oder gänzlich aufgehört hat. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Balken der Häuser, bei den Stützkonstruktionen von Balkonen und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstab- oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerstörung durch Moit ausgesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine und aufgehängte Winddecken in Frage. Über auch die Dach- und Hallenkonstruktionen aus dünnwandiger Eisenachse sind der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene Delfarbenanstrich nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird. Während des Krieges ist die Anstrichererneuerung aber aus Mangel an Firnissen in den meisten Fällen unterblieben und später der Kosten wegen schlecht oder gar nicht ausgeführt worden. Die Baupolizeibehörden werden auf die Gefahr hingewiesen, den geschilberten Gefahren nach Möglichkeit vorzubeugen. Die Eigentümer sollen aufgefordert werden, ihre Gebäude innerhalb angemessener Fristen durch geeignete Sachverständige auf die erwähnten Gefahrenmöglichkeiten hin untersuchen zu lassen. Ferner sollen die Baukontrolleure angewiesen werden, bei ihren Kontrollgängen auf die Gefahrenmöglichkeiten besonders zu achten.

Nun hat im Februar 1924 durch den Reichswohlfahrtminister in vier Straßen des alten Berliner Stadtteils eine Befestigung von Wohnungen stattgefunden, die niederdrückende Eindrücke kulturellen und hygienischen Verfalls zeitigte. Es handelte sich durchweg um Häuser, bei denen der Verfall so weit fortgeschritten ist, daß eine bauliche Erneuerung unmöglich ist. Die Häuser sind zurzeit noch bewohnt. Die Abwasseranlagen sind zwar an die Stadtentwässerung angeschlossen, befinden sich aber, und zwar ein Abort für das ganze Haus, entweder auf dem Hofe oder im Keller, oder in einem Falle auf dem Dachgeschoß. Welche gesundheitlichen Gefahren für die Bewohner und überhaupt für das städtische Gesundheitswesen bestehen, liegt auf der Hand. Die Wohnungen sind durchweg ohne Sonne, meistens ohne Durchlüftungsmöglichkeit, hier und da waren die Fensterfügel nur durch Nägel in den Fensterrahmen festgehalten, so daß ein Aufmachen der Fenster unmöglich ist. Die Wasserleitungen befinden sich meist auf den Treppendecken. Sie sind nämlich in diese alten Häuser nachträglich hineingelegt worden, da ein Anschluß nicht möglich war. Welche gesundheitlichen Gefahren die Benutzungen der Becken durch die vertriebenen Bewohner des Hauses mit sich bringt, braucht nicht erst näher erläutert werden. Die seit 15 Jahren fast überall nicht mehr verbesserten Dächer sowie die schlechte Durchlüftung haben selbstverständlich auch zu Miasmenbildungen und Blauschimmeln an den Wänden geführt. Die Dächer sind zum Teil so verfallen, daß der Dachdecker nicht mehr auf das Dach hinaus kann, um die notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen. Es ist also jede Erneuerung ausgeschlossen. Die Küchen und Wohnräume sind zum Teil nur mit eisernen Herden und Öfen ausgestattet. Die Treppenaufgänge sind durch schmale Stufen und steilen Anstieg für Kinder und alte Leute geradezu lebensgefährlich zu besteigen. Die Geländer sind morsch oder durch Ratten gestützt. Die Wohnräume sind für die heutigen Begriffe viel zu klein. Ebenso sind Küchen von weniger als vier Quadratmeter Grundfläche, hier und da weniger als zwei Quadratmeter, keine Seltenheit. Die Höfe sind fast durchweg enge Lichtschächte, in denen nur Müll und Abfälle lagern, wodurch das Ungeziefer Brutstätten und Schlupfwinkel hat. Jrgendein Anstrich der Fenster, Türen, Fußböden und Wände ist seit Jahren nicht mehr vorgenommen worden.

Das ist nur ein kurzer Ausschnitt von der Wohnungsnot und dem Wohnungselend einer einzigen Stadt. Wie der „Vorwärts“ bemerkt, kann man leider in Berlin mit mindestens 1000 solcher verfallenen Wohnungen rechnen, so daß also nach der Durchschnittsziffer des Wohnungsamtes etwa 3 bis 4000 Familien solcher Wohnungen in schwerster Wohnungsnot sich befinden.

Verfallwohnungen.

Zum Mai vorigen Jahres richtete unser Verbandsvorstand eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium und das Reichsgesundheitsamt, in der auf die Gefährdung der Volksgesundheit durch die Unterlassung der nötigen Reparaturarbeiten an und in bewohnten Häusern hingewiesen wurde. Die Behörden und alle sonstigen beteiligten Kreise wurden ersucht, dafür einzutreten, daß die seit Jahren immer wieder zurückgestellten Renovierungsarbeiten in den Wohnungen und sonstigen Aufenthaltsräumen zur Ausführung kommen. Im Juni 1923 erließ dann der

Minister für Volkswohlfahrt eine Mahnung und Anweisung, worin es heißt:

In neuerer Zeit ist mehrfach von Unfällen berichtet worden, die durch Herabstürzen von Bauteilen infolge Nachgebens oder Zerstörung ihrer Befestigungsmittel entstanden sind. Diese Erscheinungen sind hervorgerufen dadurch, daß während des Krieges und in der Nachkriegszeit die Unterhaltung der Bauten nachgelassen oder gänzlich aufgehört hat. Die Gefahr des Herabstürzens droht namentlich bei den Balken der Häuser, bei den Stützkonstruktionen von Balkonen und Gesimsen und bei solchen Bauteilen, deren Standfestigkeit in der Regel auf Hilfskonstruktionen aus dünnen Eisenstab- oder Drahtgebilden beruht, da diese einer schnellen Zerstörung durch Moit ausgesetzt sind. Hier kommen namentlich Fahnenstangen, Schornsteine und aufgehängte Winddecken in Frage. Über auch die Dach- und Hallenkonstruktionen aus dünnwandiger Eisenachse sind der Gefahr eines Zusammenbruchs ausgesetzt, wenn der vorgeschriebene Delfarbenanstrich nicht in gewissen Zeiträumen erneuert wird. Während des Krieges ist die Anstrichererneuerung aber aus Mangel an Firnissen in den meisten Fällen unterblieben und später der Kosten wegen schlecht oder gar nicht ausgeführt worden. Die Baupolizeibehörden werden auf die Gefahr hingewiesen, den geschilberten Gefahren nach Möglichkeit vorzubeugen. Die Eigentümer sollen aufgefordert werden, ihre Gebäude innerhalb angemessener Fristen durch geeignete Sachverständige auf die erwähnten Gefahrenmöglichkeiten hin untersuchen zu lassen. Ferner sollen die Baukontrolleure angewiesen werden, bei ihren Kontrollgängen auf die Gefahrenmöglichkeiten besonders zu achten.

Nun hat im Februar 1924 durch den Reichswohlfahrtminister in vier Straßen des alten Berliner Stadtteils eine Befestigung von Wohnungen stattgefunden, die niederdrückende Eindrücke kulturellen und hygienischen Verfalls zeitigte. Es handelte sich durchweg um Häuser, bei denen der Verfall so weit fortgeschritten ist, daß eine bauliche Erneuerung unmöglich ist. Die Häuser sind zurzeit noch bewohnt. Die Abwasseranlagen sind zwar an die Stadtentwässerung angeschlossen, befinden sich aber, und zwar ein Abort für das ganze Haus, entweder auf dem Hofe oder im Keller, oder in einem Falle auf dem Dachgeschoß. Welche gesundheitlichen Gefahren für die Bewohner und überhaupt für das städtische Gesundheitswesen bestehen, liegt auf der Hand. Die Wohnungen sind durchweg ohne Sonne, meistens ohne Durchlüftungsmöglichkeit, hier und da waren die Fensterfügel nur durch Nägel in den Fensterrahmen festgehalten, so daß ein Aufmachen der Fenster unmöglich ist. Die Wasserleitungen befinden sich meist auf den Treppendecken. Sie sind nämlich in diese alten Häuser nachträglich hineingelegt worden, da ein Anschluß nicht möglich war. Welche gesundheitlichen Gefahren die Benutzungen der Becken durch die vertriebenen Bewohner des Hauses mit sich bringt, braucht nicht erst näher erläutert werden. Die seit 15 Jahren fast überall nicht mehr verbesserten Dächer sowie die schlechte Durchlüftung haben selbstverständlich auch zu Miasmenbildungen und Blauschimmeln an den Wänden geführt. Die Dächer sind zum Teil so verfallen, daß der Dachdecker nicht mehr auf das Dach hinaus kann, um die notwendigen Ausbesserungen vorzunehmen. Es ist also jede Erneuerung ausgeschlossen. Die Küchen und Wohnräume sind zum Teil nur mit eisernen Herden und Öfen ausgestattet. Die Treppenaufgänge sind durch schmale Stufen und steilen Anstieg für Kinder und alte Leute geradezu lebensgefährlich zu besteigen. Die Geländer sind morsch oder durch Ratten gestützt. Die Wohnräume sind für die heutigen Begriffe viel zu klein. Ebenso sind Küchen von weniger als vier Quadratmeter Grundfläche, hier und da weniger als zwei Quadratmeter, keine Seltenheit. Die Höfe sind fast durchweg enge Lichtschächte, in denen nur Müll und Abfälle lagern, wodurch das Ungeziefer Brutstätten und Schlupfwinkel hat. Jrgendein Anstrich der Fenster, Türen, Fußböden und Wände ist seit Jahren nicht mehr vorgenommen worden.

Das ist nur ein kurzer Ausschnitt von der Wohnungsnot und dem Wohnungselend einer einzigen Stadt. Wie der „Vorwärts“ bemerkt, kann man leider in Berlin mit mindestens 1000 solcher verfallenen Wohnungen rechnen, so daß also nach der Durchschnittsziffer des Wohnungsamtes etwa 3 bis 4000 Familien solcher Wohnungen in schwerster Wohnungsnot sich befinden.

Gewiß, die Not der Zeit, die allgemeine Finanzlage, die fortschreitende Geldentwertung, die Forderung aller Baumaterialien haben viele Hindernisse geschaffen. Aber trotzdem sind die Reichs- und Staatsstellen nicht davon freizusprechen, daß sie auf dem Gebiete einer durchgreifenden Wohnungsvermittlung völlig versagt haben. Hunderttausende von Bauarbeitern liegen seit Monaten arbeitslos auf der Straße, demselben verkommt ein großer Teil der Bevölkerung hauptsächlich in elenden, feuchten, Leben und Gesundheit gefährdenden Wohnstätten, weil keine Mittel zur Erhaltung und Renovierung der menschlichen Wohnstätten vorhanden sind. Ist genug haben die baugewerblichen Verbände und andere gemeinnützige Wohnungsbauvereine Wege gefunden, die rückständigsten beschrifteten werden müssen, wenn das schreckliche Wohnungssehdend beseitigt werden soll. Man arbeitet nicht darauf, lieber legte man alle Bauten und Reparaturarbeiten still, um zu sparen, und zahlte hunderttausenden nach Arbeit sich drängenden Bauarbeitern eine mit „Billiararbeit“ verbundene Erwerbslosenunterstützung, die die tiefste Erbitterung in allen Kreisen erzeugt.

Wie lange soll so noch fortgerührt werden?

Zur Erwerbslosenfrage

nach der Ausschuß des ADGB, in einer am 18. März abgehaltenen Sitzung folgende Entschließung an:

Die zurzeit für die Erwerbslosen geltenden Unterstützungsätze erfordern eine sofortige wesentliche Erhöhung. Die Unterstützung der Erwerbslosen ist im Verhältnis zum Lohn und zu den Lebenshaltungskosten immer weiter zurückgefallen und deckt nicht mehr die elementarsten Ausgaben. Schon allein die Erhöhung der Wohnmieten hat für die Erwerbslosen völlig unerträgliche Zustände geschaffen. Trifft die unmittelbar bevorstehende weitere Erhöhung der Miete ein, so wird der Erwerbslose kaum mehr als den Betrag dieser Miete an Unterstützung erhalten, so daß ihm zum Leben nichts verbleibt. Helfen kann nur eine sofortige ganz wesentliche Erhöhung der Unterstützungsätze.

Der Bundesausschuß protestiert entschieden gegen die neuerdings besonders durch die preussische Regierung betriebene, im höchsten Grade ungerechte Ausschaltung zahlreicher Erwerbsloser von der Unterstützung. Trotzdem die Arbeiter hohe Beiträge für die Erwerbslosenfürsorge tragen müssen, werden ganze Gruppen von Erwerbslosen von der Unterstützung ausgeschlossen. Es muß daher sogleich die Beitragspflicht durch ein Unterstützungsrecht ergänzt werden.

Klein- und Sonder werden angefordert, sofort Notstandsarbeiten in größerem Ausmaß in Angriff zu nehmen. Bei diesen Arbeiten muß für die bedürftigsten Erwerbslosen eine Entlohnungsform angewandt werden, die einen vernünftigen Arbeitseffekt liefert. Insbesondere kann die Beschäftigung nur zu den allgem. geltenden Tariflöhnen erfolgen.

Der Bundesausschuß protestiert weiter gegen die von einigen Völkervereinigungen beabsichtigte Trennung von Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge. Vernichtung der Selbstverwaltung und Unterstellung der Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter einseitige ministerielle und behördliche Anordnungen, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge gehören ihrem Wesen nach zusammen, eine Trennung wäre schädlich für die Wirtschaft und für die durch beide Institutionen zu lösenden Aufgaben. Beides, Arbeitsnachweis und Erwerbslosenfürsorge, muß gemeinsam von werten Selbstverwaltungskörpern durchgeführt werden.

Aus unserm Beruf.

Wiesbaden. Am 24. Februar hielt unsere Filiale ihre Jahresversammlung ab, in der über 800 Mitglieder vertreten waren. Aus dem Kassens- und Geschäftsbericht vom Jahre 1923 ist zu entnehmen, daß das verfloßene Jahr wohl das erfolgreichste war, das die deutsche Arbeiterbewegung je erlebt hat. Alle Anspannung der Herzen war nötig, um der verheerenden Inflationspolitik entgegen zu steuern, die Kraft mußte eingesetzt werden, um unsern Kollegen über die schwere Zeit hinweg zu helfen. Die Lohnverhöhrungen konnten als befriedigend angesehen werden, weil durch die sofort folgenden Steigerungen aller Warenpreise dieselben gleich wieder überholt wurden. Diese Ermüdung löste eine ungeheure Verbitterung aus, die sich in erster Linie gegen die Gewerkschaften richtete; man überschätzte die Macht der Gewerkschaften und dachte nicht daran, daß der Erfolg des gewerkschaftlichen Kampfes jederzeit von der Wirtschaftslage bestimmt wird. Erstrecklicher Weise konnte festgestellt werden, daß der Stand unserer Mitgliederzahl nicht gesunken ist, so daß am Schlusse des Jahres 1923 665 vollständige Kollegen zu verzeichnen sind, der deutliche Beweis, daß die Entfaltung der Beiträge regelmäßig vorgenommen wurde. Nicht unerwähnt darf es bleiben, daß unsere Kollegen sehr schwer unter den Folgen des verheerenden Inflationssehdens zu leiden hatten, wie doch die bitteren Erfahrungen und andere Schwierigkeiten hundertmal aus, die Äquation wie auch die Verhältnisse waren so zu helfen, wie es bei normaler Zeit immer geschehen ist. Zwei schwere Verluste gingen verloren, so wiederum können, ist unser nächstes Ziel, damit ein zufriedenes Gelingen besteht, um die gegen uns gerichteten Angriffe im geeigneten Moment abwehren zu können. Damit der wirtschaftlichen Lage ist es der Gegenwart nicht gelungen, den finanziellen Nimm der Gewerkschaften herbeizuführen. Und die Verbände der Kollegen haben erkannt, daß unsere Stärke nur in der gewerkschaftlichen Organisation liegt. Nach Entlassung der Filialverwaltung wurden die leitenden Kollegen der alten Verwaltung wiedergewählt. Außerdem wurde ein Beschluß auf Erhöhung der Beiträge mit allen gegen 2 Stimmen gefaßt. Er legt besonderes Augenmerk auf, daß es tieferer Geist der Kollegen ist, ihre Organisation aufrechtzuerhalten und mit dazu beizutragen, so noch weiter auszubauen. Kurz zusammenfassend kann gesagt werden: Wenn nicht alles so nach dem Jahre 1923 verlaufen wäre, so würde doch das

Menschenmögliches getan im Interesse der Kollegen. Wohl mancher hat sich die Erfolge anders vorgestellt; auch uns in der Verwaltung hat so manches nicht befriedigt. Oftmals bestand die Hoffnung bei uns, endlich einmal ein besseres Resultat mit auf den Weg zu nehmen, doch die Verhältnisse waren stärker als wir Menschen. Aber es wird die Zeit an uns herantreten, wo Abrechnung mit denen gehalten werden muß, die in der schwersten Zeit der Not die schlechte Lage der wirtschaftlich Schwachen zu ihrem Vorteil ausgenützt haben.

Sozialpolitisches.

Im Kampf um den Achtstundentag. So erbittert auch die Angriffe des gesamten Unternehmertums gegen den Achtstundentag sein mögen, die Abwehr der Gewerkschaften wird nicht erlahmen, ja, vielerorten konnten die Angriffe schon mit Erfolg abgewehrt werden. Die in der Schweiz am 17. Februar veranstaltete Volksabstimmung verwarf das Gesetz, das die Arbeitszeit auf 54 Wochenstunden verlängert hätte. Im belgischen Parlament scheiterte der für die Verlängerung der Arbeitszeit eingebrachte Gesetzentwurf. Kanada hat das Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag ratifiziert. Brasilien hat den Achtstundentag eingeführt. Die Einführung des Zweischichtensystems in der amerikanischen Industrie machte in der letzten Zeit wieder namhafte Fortschritte. Die englische Arbeiterregierung soll den Achtstundentag bald gesetzlich festlegen und eine Konferenz von 13 Staaten, die das Washingtoner Arbeitszeitabkommen noch nicht ratifiziert haben, einberufen. Das österreichische Parlament hat, allerdings unter der Bedingung, daß die anderen Staaten den Achtstundentag ebenfalls annehmen, das Washingtoner Abkommen ratifiziert. Die österreichischen Parlamenten konnten gelegentlich des vor kurzem abgeschlossenen großen Streiks die Verlängerung der Arbeitszeit abwehren. Selbst in Deutschland, wo die politische Nachtergreifung des Unternehmertums die Verlängerung der Arbeitszeit bewirkte, kann sie nicht reibungs- und widerstandslos eingeführt werden. Es sind schwere Kämpfe um die Verbeibehaltung des Achtstundentags entbrannt, die zum Teil noch andauern. Auch haben die Gewerkschaften darauf hinarbeiten können, daß die von den Schlichtungsausschüssen aufgezwungene Arbeitszeitverlängerung nur einen vorläufigen Charakter habe. Es kommt in all diesen Bewegungen der starke Wille zum Ausdruck, das Feld nicht ohne Widerstand zu räumen und den Kampf für die Wiederherstellung des Achtstundentags, sobald es die Verhältnisse ermöglichen werden, wieder aufzunehmen.

Sowjetrussische Waren für Privatkapitalisten. Die Firma Hugo Stinnes hat einen Vertrag mit dem allrussischen Naphthalinhandel abgeschlossen, durch den sie den Alleinverkauf des russischen Benzins und Schmieröls für Deutschland, die Tschechoslowakei und Skandinavien erhalten hat. Das Abkommen läuft zunächst ein Jahr, kann aber verlängert werden unter besonderer Berücksichtigung der Stinnes-Firma. Die Naphthalinlieferungen werden sofort aufgenommen.

Selbstverständlich kann Russland, das jetzt noch unter den Folgen einer schweren Wirtschaftskrise leidet, nicht nützen, dem ausländischen Kapital Zugeständnisse zu machen, wenn es die Warenausfuhr steigern will. Es ist auch an sich gleichgültig, mit welcher Firma oder mit welchem Konzern die Sowjetregierung oder ihre untergeordneten Wirtschaftsorgane beratliche Verträge abschließen. Es wäre gegen den Abschluß also nicht das geringste einzuwenden, wenn die kommunistische Propaganda die Notwendigkeit der von Moskau verfolgten Praxis anerkennen und vor allem die durchaus sich ergebenden Konsequenzen für Deutschland ziehen würde.

Die Kommunisten denken selbstverständlich nicht daran, wie denn überhaupt Logik nicht ihre stärkste Seite ist. Wer nicht ihrer Meinung ist, gilt ihnen als „Stinnes-Arbeiter“ oder „Faschist“. Jetzt erhält nun dieser Stinnes aus den Händen der Moskauer Machthaber ein privatkapitalistisches Monopol. Niemand in Deutschland, der Tschechoslowakei oder in Skandinavien kann russisches Benzin oder russisches Schmieröl kaufen, ohne der Firma Stinnes einen Zoll zu zahlen — die Sowjetleute aber bezahlen mit dem Geld, das ihnen so zufließt, neben hielem andern auch die kommunistische Propaganda in Deutschland, die nun wieder die Pflicht hat, täglich einige Tausend deutscher Arbeiterführer zu „Stinnes-Arbeitern“ zu stempeln, während die Stinnes-Presse ihrerseits den Bolschewistenföhd an die Wand malt, um den Schutz des Kapitals vor Steuern, die Herbeiführung des Ausnahmezustandes und ähnliche schöne Dinge zu begründen. So schließt sich der Kreislauf. Es ist immer dasselbe Geld.

Im Lichte dieser Vorgänge wird auch manches verständlich, was sonst schwer oder überhaupt nicht zu verstehen ist. Man begreift zum Beispiel, warum die Sowjetregierung für deutsche gemeinnützige wirtschaftliche Betriebe nichts übrig hat. So hat die Berliner Handelsvertretung die deutschen „Sozialen Baubetriebe“, als diese um Holzlieferungen vorstellig wurden, an das Privatkapital verwiesen! Privatkapitalisten erhalten sowjetrussische Waren, deutsche Genossenschaftsunternehmungen bleiben unberücksichtigt.

Man hat oft genug die geistige Verwandtschaft zwischen Bolschewismus und Rechtsradikalismus betont. Es ist nicht uninteressant, hier auch den wirtschaftlichen Zusammenhang dieser beiden Bewegungen sich entwickeln zu sehen. Er ist nur eine natürliche Folge der neuen ökonomischen Politik in Russland, die in der Fachsprache kurz „Rep“ genannt wird.

Gewerkschaftliches.

„Die Gewerkschaftszeitung“ erscheint an Stelle der „Betriebsratzeitung“ und des „Korrespondenzblattes des ADGB“ seit Beginn dieses Jahres. Sie kann bei jeder Postanstalt

abonniert werden und ist im Nachtrag I Seite 4 der Postzeitung vom 1. März 1924 eingetragen. Das Postabonnement beträgt monatlich 40 Sch., vierteljährlich 120 Sch. Gewerkschaftsmitgliedern zählt der Verlag gegen Einsendung der Postquittung und des Organisationsausweises die Hälfte des Abonnementpreises zurück. Zum halben Preise können Gewerkschaftsmitglieder die Zeitung auch bei den Ortsauschüssen des ADGB bestellen, die jeweils gewerkschaftlichen billigen Zeitungsbezugsstellen in den meisten Orten eingerichtet haben. Wo eine größere Anzahl Gewerkschaftsmitglieder die Gewerkschaftszeitung abonnieren wollen, wird sie vom Verlag auch direkt an die Verwaltungsstellen und Ortsgruppen der Verbände als Sammelüberweisung geliefert.

Eine Neuregelung der Arbeitszeit für die Angestellten und das technische Personal im Bau- und Gewerbe ist bis zum 15. November 1924 zustande gekommen. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt danach ausschließlich fünfundvierzig Stunden. Auf Anordnung des Unternehmers oder seiner Stellvertreter sind innerhalb dreier Monate bis zu 35 Stunden Mehrarbeit zu leisten, wenn ein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt. Die Entscheidung darüber liegt beim Tarifamt.

Vom Ausland.

Karlsbad. Seit dem 6. März stehen die Maler im Streik. Die Unternehmer versuchen jetzt, in der bürgerlichen Presse den Nachweis zu erbringen, daß eine Lohnreduzierung eine dringende Notwendigkeit sei, wenn nicht das ganze Gewerbe zugrunde gehen soll. Die Herren finden aber nur bei jenen Glauben, die nicht aussterben. Ein Teil der Unternehmer hat bereits eingesehen, daß die Forderung der Kollegen berechtigt ist und hat den Vertrag unterzeichnet. Auch die übrigen werden noch zu der Ueberzeugung kommen, daß auch ein Malergehilfe das Recht hat, für seine Arbeitskraft das zu verlangen, worauf er Anspruch hat. Kein Maler, Anstreicher und Lackierer nehme in Karlsbad Arbeit an.

Literarisches.

Die internationale Arbeiterorganisation und ihre Ergebnisse. Von P. Fehlinger, Berlin 1924. Verlagsgesellschaft des ADGB, in 6. H. Preis 4 Sch. Ueber die internationale Arbeiterorganisation, über ihren hohen Wert und ihre weitgehende Bedeutung, über unsere Gewerkschaftsmitglieder bisher nur durch kurze Artikel und Notizen unterrichtet. Es ist deshalb zu begrüßen, daß von sachkundiger Hand in großartiger Aufmachung ein Werk erschienen ist, das uns in erschöpfender Weise alle die Probleme darlegt, mit denen die I. A. sich zu beschäftigen hat. Im ersten Teil gibt der Verfasser nach einem allgemeinen Ueberblick eine geschichtliche Uebersicht der ersten Bestrebungen auf Internationalisierung des Arbeiterkampfes bis zur Gründung der I. A. Im zweiten Teil wird die rechtliche Stellung der I. A. beleuchtet und im dritten Teil finden die Organe der I. A. — die internationale Arbeiterkonferenz, deren Satzungen und Beschlüsse, die Verwaltungsrat und das Arbeitsamt, seinem Aufbau und Aufgaben — eine treffliche Schilderung. Der vierte Teil handelt von der Vorbereitung der internationalen Arbeiterkongresse. Eines der wichtigsten Tätigkeitsgebiete der I. A. betrifft bekanntlich die Verhängung von Berufsverböden und die Regelung der Arbeitsverhältnisse bei gefährlichen Arbeiten, Schutz der Arbeiter gegen Krankheit und Betriebsunfall. In besonderen Kapiteln werden die Gebiete der Gewerbetriebe- und Arbeitsaufsicht, das Problem der Arbeitslosigkeit, das Wandererwesen, die Sozialversicherung, die Regelung der ländlichen Arbeitsverhältnisse und der seemannische Arbeiterkampf behandelt. Der fünfte Teil enthält Anlagen, wie die Satzung der I. A., die Uebersetzungen von Beschlüssen, Literatur und Schlagspruchverzeichnis. Angehängt sind die Liste der internationalen Arbeiterorganisationen 57 Staaten, darunter 24 außereuropäische. Das auch drucktechnisch gutausgestattete Werk darf in keiner Arbeiterbibliothek fehlen.

Jugendbuche. Von Jürgen Brand, 24 Seiten, Preis 20 Sch. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Rechtzeitig vor der Schulentlassung erscheint dieses empfehlenswerte Buchlein des in der sozialistischen Jugendbewegung gut bekannten Jürgen Brand in neuer, verbesserter Auflage. Die Schrift zeigt den ins Leben tretenden Jungen und Mädchen der Arbeiterkaste in der rechten Weise die Gefahren und Härten des heutigen Proletariatslebens, aber es weist ihnen auch den Weg zum Aufstieg, zur sozialistischen Gemeinschaft.

„Arbeiter-Jugend“. Monatschrift des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend. Preis des Heftes 15 Sch. Organisationen erhalten Ermäßigung. Im Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, erscheint soeben das Märzheft der „Arbeiter-Jugend“ in erweitertem Umfang. Die Nummer ist besonders auf die Werbung der jetzt zur Entlassung kommenden Jugend eingestellt und wird allen Freunden einer guten Jugendzeitung Freude bereiten. Einzelbestellungen können erfolgen durch alle Buchhandlungen oder Postanstalten.

Sterbetafel.

Darmstadt. Am 22. März schied von uns der Lackierer Michael Groh, Mitgründer unserer Filiale, im Alter von 66 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung.

Die umfangreichen Arbeiten mit den Abrechnungen vom 4. Quartal machen es auch diesmal unmöglich, daß die Abrechnungsformulare für das 1. Quartal allen Filialen schon in den nächsten Tagen zugehen können. Wir ersuchen, darauf Rücksicht zu nehmen und alles so vorzubereiten, daß der verspätete Eingang der Formulare die Fertigstellung und die Revision der Abrechnungen für das 1. Quartal nicht verzögert.

Ferner sei unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung im letzten „Maler“ über die Beitrags- und Unterstützungszugung nochmals hervorgehoben, daß von der 14. Beitragswoche an nur noch die Beiträge nach der neuen Norm (ein Stundenlohn für die Hauptkasse) gelten. Bestellungen hierauf sind, soweit das noch nicht geschehen ist, sofort aufzugeben und dabei genau zu vermerken, wie hoch der Filialzuschlag sein soll.

Der Verbandsvorstand.

Suche per sofort einen tüchtigen, selbständigen Maler-gehilfen in dauernde Beschäftigung. Hermann Fiedler, Malermeister, Süßhahn (Süßhartz).